

Schwellenländer und Friedenssicherung

Autor(en): **Tardy, Thierry**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 10

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-309662>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schwellenländer und Friedenssicherung

Die sogenannten Schwellenländer spielen eine immer grössere Rolle in Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UNO). Daraus ergibt sich die Frage nach der politischen Positionierung dieser Staaten in der Diskussion um die Art der Friedenssicherung oder -konsolidierung. Werden sie aktiv an der Gestaltung der Normen im Bereich der Krisenbewältigung teilnehmen? Werden sie sich damit zufriedenstellen, die existierenden Normen umzusetzen? Oder aber werden sie versuchen, sich dem aktuellen, von westlichen Ländern dominierten, normativen Ansatz zu widersetzen?

Thierry Tardy

Wenngleich Indien schon immer einer der Hauptakteure in Friedensmissionen der Vereinten Nationen gewesen ist (mit mehr als 8000 Soldaten im Einsatz im Januar 2012), haben andere Schwellenländer wie China, Brasilien oder Südafrika unlängst ihre Präsenz bei solchen Operationen ausgebaut.

Von den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats stellt China, mit annähernd 2000 Soldaten in zwölf Operationen im Januar 2012, die meisten Truppen in UN-Missionen. Brasilien hat in den letzten zehn Jahren ebenfalls seine Präsenz deutlich erhöht, vor allem in Haiti, so dass Brasilien im Januar 2012 mit fast 2500 Soldaten zum grössten Truppenbereitsteller der lateinamerikanischen Länder avanciert ist. In ähnlicher Weise ist Südafrika mit über 2000 Soldaten, die ausschliesslich auf dem afrikanischen Kontinent eingesetzt sind, ein wichtiger Akteur in UN-Einsätzen geworden.

Die zunehmende Bedeutung von Schwellenländern in Friedensmissionen der UNO

Das zunehmende Engagement von Schwellenländern in UN-Operationen könnte sich auf verschiedenen Ebenen auswirken. Zum einen stellt dieser Trend das Paradigma in Frage, nach dem die Friedenssicherung vor allem eine Nord-Süd-Interaktionen darstellt, in der die Konflikte im Süden stattfinden, aber in erster Linie vom Norden befriedet werden. Die Rolle der Schwellenländer in friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen ist eines von vielen Beispielen für Süd-Süd-Interaktionen. Zum



Brasilianische Soldaten in Port-au-Prince, Haiti (UN Stabilization Mission in Haiti MINUSTAH). Bild: UN Photo/Victoria Hazou

anderen bedeutet ein stärkerer Beitrag von Ländern mit grossen personellen Ressourcen eine mögliche Lösung für wiederkehrende Defizite in der Handlungsfähigkeit des UN-Sekretariats. Gleichzeitig kann eine solche Entwicklung den Druck auf westliche Länder, die UN-Operationen in den vergangenen fünfzehn Jahren vernachlässigt haben, etwas mildern.

Ausserdem ist zu erwarten, dass sich die unterschiedlichen Auffassungen der Schwellenländer über Auslandseinsätze und deren Wirksamkeit durch ihre verstärkte Teilnahme an Friedensmissionen

Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik GCSP ist ein internationales Ausbildungszentrum für Fragen der Sicherheitspolitik mit Sitz in Genf. Als Stiftung mit über 40 Mitgliedstaaten bietet es Kurse für Beamte, Diplomaten und Offiziere aus aller Welt an. Mit seiner Forschungsarbeit und mit Seminaren und Konferenzen bietet es zudem ein international anerkanntes Forum für den Dialog über Fragen von aktuellem Interesse im Bereich Frieden und Sicherheit. Der vorliegende Artikel ist der erste einer Reihe von Beiträgen des GCSP.

auf deren Gestaltung niederschlagen wird. Insbesondere vertreten sie eine Auffassung von Staatssouveränität, die sie zu einem relativ strengen Festhalten an den Grundprinzipien der Friedensmissionen anhält – Unparteilichkeit, die Zustimmung des aufnehmenden Staates und Gewaltverzicht, ausser in Fällen von Notwehr – obwohl genau diese Grundsätze in den letzten fünfzehn Jahren weitgehend aufgeweicht wurden. Dass die Mandate der letzten Operationen in Darfur, Haiti und der Demokratischen Republik Kongo (DRC) zu einer Infragestellung der Leitsätze bezüglich der Unparteilichkeit und des Gewaltverzichts führten, wird von Ländern des Südens als Fehler angesehen. Diese Skepsis erwächst daraus, dass die Mandate, angesichts der derzeit verfügbaren Mittel, unrealistische Ziele anvisieren. Ausserdem stellen sie einige der Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen, wie die Nichteinmischung und Gewaltfreiheit, in Frage. Stattdessen betonen die Schwellenländer Konzepte wie «Light Footprint», also Operationen, in denen die UNO vor allem eine beratende Rolle einnimmt, und «lokale Eigenverantwortung». Sie warnen vor den Gefahren von Operationen, die ein «westliches» Modell in Gesellschaften anwenden wollen, die hierfür nicht vorbereitet sind.

Hin zu einer Wertekollision?

Wenngleich die Schwellenländer und die von ihnen vertretenen Positionen eine potentielle Quelle für Spannungen zwischen ihnen und dem westlichen Lager darstellen, wurde eine derartige Auseinandersetzung bisher nur sehr geringfügig beobachtet. Hierfür gibt es drei Hauptgründe.

Zum einen ist die Vorstellung von den Schwellenländern als eine kohärente politische Einheit, die langfristig gemeinsame Interessen vertritt, mit Vorsicht zu geniessen. China nimmt eine besondere Stellung ein, da es permanentes Mitglied des Sicherheitsrats ist und sich politisch vom «Club der Demokratien», der aus Indien, Brasilien und Südafrika besteht, unterscheidet. Die Rivalität zwischen China und Indien und das Unbehagen Chinas im Hinblick auf einen möglichen ständigen Sitz Indiens im Sicherheitsrat macht jede Aussicht auf ein Bündnis rein hypothetisch. Ebenso weisen die Beziehungen zwischen den USA und Brasilien oder Indien darauf hin, dass Allianzen von Schwellenländern mehr den Umständen geschuldet sind als einer strukturellen Opposition.

Darüber hinaus sollte die Kritik des «liberalen Friedens» nicht allzu sehr durch liberale Demokratien wie Indien oder Brasilien angefeuert werden, die sich selbst nach diesem liberalen Ansatz richten. Und wengleich China seine Ansichten zu bestimmten Programmen zur Reform des



Südafrikanischer Peacekeeper in Côte d'Ivoire (UN Operation in Côte d'Ivoire UNOCI).

Bild: UN Photo/Hien Macline

Sicherheitssektors im UNO-Sicherheitsrat geltend macht, so haben in der Praxis wirtschaftliche Aspekte von Wiederaufbauprogrammen selten Chinas Widerspruch ausgelöst.

Zweitens unterscheiden sich die Schwellenländer recht deutlich in ihren Beiträgen zur Friedenssicherung. Mit Ausnahme von Indien, das schon seit langem im grossem Masse Truppen stellt, haben China, Brasilien und Südafrika erst kürzlich Friedensmissionen als Instrument ihrer Aussenpolitik entdeckt. Die Beiträge von Brasilien und Südafrika waren ausserdem sehr gezielt (Brasilien in Haiti, Südafrika im Sudan und der Demokratischen Republik Kongo), weshalb ihr langfristiges Engagement schwer vorherzusagen ist. In finanzieller Hinsicht ist China heutzuta-

ge der siebtgrösste Beitragszahler des Friedenssicherungsbudgets, während Brasilien, Indien und Südafrika nur wenig zum Budget der Operationen beitragen.

Schlussendlich wird eine stärkere Beteiligung der Schwellenländer an friedenserhaltenden Operationen möglicherweise deren eigene Wahrnehmung der Problematik so beeinflussen, dass sie sich der derzeitigen Praxis annähern. So kann man schon jetzt einen gewissen Pragmatismus beobachten, der sich dadurch äussert, dass sich bestimmte Praktiken vor Ort spürbar von in politischen Reden genannten Prinzipien entfernen. Zum Beispiel hat China seit mehreren Jahren Polizeieinheiten in Haiti stationiert, im Widerspruch zu seiner Haltung Ländern gegenüber, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten (dies ist bei Haiti der Fall). China hat grösstenteils die Weiterentwicklungen der Friedensmissionen der letzten zwanzig Jahre akzeptiert. In ähnlicher Weise zeigen Brasiliens und Indiens Vorgehen in Haiti und der Demokratischen Republik Kongo eine klare Neigung zur Anwendung von Gewalt bei der Umsetzung von «robusten» Friedensoperationen, obwohl sie ansonsten ausdrücklich Vorbehalte gegenüber dem intrusiven Charakter der neuen Operationen äussern.

Abschliessend ist zu sagen, dass, wenn gleich Schwellenländer westliche Politikansätze, die als unzuweckmässig oder gefährlich für die verantwortungsvolle Regierungsführung im Bereich der Sicherheitspolitik eingestuft werden, entschieden zurückweisen, eine Konfrontation im Bereich der Friedensmissionen nicht zwangsläufig stattfinden wird. Vielleicht auch, weil solche Operationen, die nicht gleichbedeutend mit Krieg sind, für die Staaten, die daran teilnehmen, strategisch nicht besonders wichtig sind. ■

Übersetzt aus dem Französischen:
Johanne Kübler

Die in diesem Papier vertretenen Ansichten sind allein die des Autors und entsprechen nicht zwangsläufig den Ansichten des GCSP.



Thierry Tardy
Doctor in Political Science
Head of Research
Geneva Centre for
Security Policy GCSP
1211 Genf

Das Wort des CdA



Militär machen

Geschätzte Offiziere,
Kameraden,
geschätzte Leserinnen
und Leser

Haben Sie den Bericht der Subkommission der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK N) gelesen? Sicher haben Sie Kommentare von hüben und drüben mitbekommen.

Ich persönlich freue mich über die Bestätigung, dass die Evaluation und die technische Projektführung korrekt abgelaufen sind. Diese Tatsache weist klar darauf hin, dass es keinen Sinn macht, eine neue Evaluation durchzuführen. Auch bei den Risiken habe ich kaum Differenzen zum Geschriebenen. Diese Risikobeurteilung haben wir bereits in ähnlicher Form selbst vorgenommen und mit geeigneten Massnahmen zu reduzieren begonnen.

Für mich ist von besonderer Bedeutung, dass es in diesem Bericht nicht darum ging, die Flugzeugbeschaffung im Gesamtrahmen der Armee zu beleuchten. Darum sind allfällige Kommentare darauf zu überprüfen.

Für uns gilt: «Militär machen!» Also: Bei gegebenen Rahmenbedingungen und einem klaren Auftrag wird durch den Kommandanten – oder durch die vorgesetzte Stelle, im vorliegenden Fall durch den Bundesrat – ein Entschluss gefasst, die Konzepte werden erarbeitet und so als Ganzes der Aktionsplan erstellt.

Es gibt keine militärische Planung ohne Risiken. Nicht umsonst werden wir darin geschult, Eventualplanungen bereit zu halten. Beim TTE heisst das Risiko: Konsequenzen des Entscheides für die Gesamtarmee. Wenn dieses Risiko (Leistung und Kosten) vollumfänglich erkannt ist und glaubwürdige Massnahmen zur Risikominderung zuverlässig ergriffen sind, setzen wir den Entscheid um.

Übrigens: Ich wäre während dieser Sommerferien gerne auf eine Weltreise gegangen, mindestens in Business-Class reisend. Leider haben weder die Agenda, noch das Portemonnaie, noch meine Frau meinen Wunsch mitgetragen. So haben wir uns mit UHU-Ferien sowie einem Ausflug nach Ascona begnügt. Trotzdem waren es schöne Ferien: erholsam und voller Eindrücke. – Auch beim kleineren Budget war also alles dabei.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee